

Johannes Hoffmann, Europäische Berufung des Saarlandes

Legende: Im Januar 1951 verfolgt der Ministerpräsident des Saarlandes Johannes Hoffmann in der Zeitschrift Notre Europe die geschichtliche Entwicklung des Saarlandes und unterstreicht die wirtschaftliche und politische Rolle, die der saarländische Staat auf europäischer Ebene zu spielen beabsichtigt.

Quelle: Notre Europe. dir. de publ. Ray, Marcel. Janvier-Février 1951, n° 2. Strasbourg: Société européenne d'éditions et de publications. "Vocation européenne de la Sarre", auteur:Hoffmann, Johannes , p. 27-31.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/johannes_hoffmann_europaische_berufung_des_saarlandes-de-1d4169ae-f4e7-45da-bedf-8965262of0ee.html



Publication date: 05/07/2016

Europäische Bestimmung des Saarlandes

von Johannes HOFFMANN
Ministerpräsident des Saarlandes

Zwei Tatsachen bestimmen die Saarfrage: die Lage des Saarlandes zwischen Frankreich und Deutschland einerseits und seine mögliche Rolle im europäischen Rahmen andererseits.

Sein Aussehen wird bestimmt durch die geschichtlichen Umstände, die einem jeden Grenzland widerfahren: im Laufe der Jahrhunderte gerät es in die Grenzen bald der einen, bald der anderen Großmacht, die es einander streitig machen, es weckt stets Begehrlichkeiten und Argwohn. Die geographischen Gegebenheiten des Saarlandes verbinden es mit Lothringen, das genauso industrialisiert ist, und außerdem noch über das Eisenerz verfügt, das die Kohle- und Stahlindustrie beider Regionen benötigen. Was ihre kulturelle und ethnische Identität angeht, so sind sie von germanischem Wesen.

Das Gebiet der Saar, das heute das Saarland ist, existiert seit 1919. Da durch den Vertrag von Versailles Frankreich eine Entschädigung für die durch den Ersten Weltkrieg an seinen Kohleminen entstandenen Schäden zugesprochen werden sollte, wurde das Gebiet diesem Gedanken entsprechend konstituiert. Es handelte sich um die saarländischen Kohlevorkommen, die dazugehörenden Industrien und ein „Hinterland“, aus dem der Großteil der Arbeitskräfte rekrutiert wurde. Das Gebiet entstand aus Teilen der preußischen Rheinprovinz und zu einem wesentlich kleineren Teil aus der bayerischen Pfalz.

*

Die Fläche des Saarlandes entspricht in groben Zügen der des 1919 geschaffenen Gebietes. Hinzu kommt ein schmaler Korridor nach Westen, der das Saarland direkt mit Luxemburg verbinden soll. Einige minimale Anpassungen wurden aus praktischen Gründen am ursprünglichen Grenzverlauf vorgenommen.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich nur wenig verändert. Nach dem Ende der Kampfhandlungen im Jahre 1945 haben viele nicht aus der Gegend stammende Elemente die Region verlassen oder sind eliminiert worden. Ansonsten hatte das Saarland das Glück, dem heterogenen Zustrom zu entgehen, dem das benachbarte Deutschland begegnen musste. Man muss sagen, dass seine eigene Arbeitskraft, die zu fast 100 % beschäftigt ist, ausreichend war. Ethnologisch setzt sich die Bevölkerung aus einer autochthonen Schicht zusammen, die vor allem in den landwirtschaftlichen Gebieten dominiert. Hinzu kommt in der industrialisierten Zone und in Saarbrücken eine Schicht, die zum Zeitpunkt der Industrialisierung – vor allem um 1890 – aus den benachbarten preußischen oder pfälzischen Gebieten – vor allem Arbeiter – und aus allen preußischen Provinzen – vor allem die höheren Verwaltungsbeamten – eingewandert ist. Diese Generation von Einwanderern ist im Aussterben begriffen. Ihre Nachfahren, die im Saarland geboren wurden, nehmen nach und nach ihren Platz ein. Außerdem führten die politischen Turbulenzen dazu, dass sich nach 1945 hier neben den Saarländern Menschen wieder fanden, die vor dem Nazi-Regime ins Exil geflohen waren, und solche, die durch ein Amt oder eine Arbeit über das Reich verteilt worden waren.

Der saarländische Staat entstand 1947. Neben seiner Verwaltungs-, Sozial- und Rechtsautonomie gewinnt er immer mehr an politischer Autonomie. Die vor kurzem mit Frankreich unterzeichneten Konventionen sind ein deutliches Zeichen dafür.

Durch seine geographische Lage befindet sich das Saarland zwischen den beiden großen Staaten, die lange Zeit und *per definitionem* Gegner und Rivalen auf dem Kontinent waren: Frankreich und Deutschland. Vom ersten Tag an jedoch waren die führenden Persönlichkeiten des neuen Saarlandes überzeugt – und stimmten darin mit dem von Frankreich benannten Vertreter überein –, dass ihre Daseinsberechtigung vor allem in der Versöhnung und der Verständigung zwischen ihren beiden mächtigen Nachbarn lag. Man spricht zu Recht vom Saarland als einer Brücke, einem Ort der Begegnung, einer Verbindung. Alle diese Bilder drücken mehr oder weniger glücklich den Willen der saarländischen Bevölkerung aus, ohne Unterlass im Interesse einer Union zwischen den zwei großen Nationen, deren Schicksal sie teilt, zu handeln. Es ist ganz natürlich,

dass die saarländische Regierung nichts unternehmen will, das dieser notwendigen Verständigung zuwider laufen würde.

Unter diesem Gesichtspunkt entspricht die Wirtschaftsunion mit Frankreich den praktischen Anforderungen der geographischen Lage des Saarlandes. Das Saarrevier und das lothringische Revier bilden zusammen ein einziges Kohlegebiet.

Die Erhaltung der kulturellen Traditionen der Saar und ihrer Sitten und Gebräuche garantieren ihr andererseits die Freiheit in menschlicher Hinsicht. Diese grundlegenden Bedürfnisse der Völker sollten der Ausgangspunkt für die Arbeit der Regierenden sein. Im Saarland haben die kluge und behutsame Vorgehensweise des Hochkommissars Gilbert Grandval, des Vertreters eines trotz seines eigenen Unglücks verständnisvollen Frankreichs, und der gute Wille der saarländischen Regierung überzeugende Ergebnisse gezeitigt.

Natürlich war es für Westdeutschland nicht einfach, die Richtigkeit der saarländischen Haltung von vornherein zu erkennen. Gefühle und Erinnerungen an eine Politik, die hoffentlich der Vergangenheit angehört, haben oftmals eine objektive Beurteilung verhindert. Heute weiß man sowohl in Bonn als auch in Paris, dass die Erfahrungen des Saarlandes trotz der Schwierigkeiten, die bereits bewältigt wurden und die noch zu bewältigen sind, ein erstes spürbares Zeichen für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftssystemen und Verwaltungsapparaten mit unterschiedlichem Aufbau sind.

Die Haltung Großbritanniens gegenüber dem Saarland, die mit der der Vereinigten Staaten übereinstimmt, hat den Einzug der Vertreter des saarländischen Parlaments in die Europäische Beratende Versammlung in Straßburg möglich gemacht; zum gleichen Zeitpunkt und zu den gleichen Bedingungen wie die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, d. h. als Vertreter von assoziierten Mitgliedern. Seither sind die Delegierten aufgefordert worden, die Arbeiten des Ministerkomitees in Rom zu verfolgen. Die *de facto*-Verhältnisse scheinen sich über kurz oder lang und durch die Natur der Sache in Richtung einer *de jure*-Situation zu bewegen. Die saarländische Bevölkerung ist fest davon überzeugt, dass ihr eigenes Schicksal eng mit der endgültigen Schaffung eines vereinten und friedlichen Europas verbunden ist. Der Völkerbund, der von 1919 bis 1935 mit der Verwaltung des Saargebiets betraut war, hatte gehofft, das gleiche Ziel durch den Abschluss bi- oder multilateraler Abkommen und über den Verhandlungsweg zu erreichen. Wir wissen, dass der Völkerbund nach viel versprechenden Anfängen bei seiner Aufgabe versagt hat.

Der Europarat hat sich diese Erfahrung zu Nutze gemacht und hat parallel zum Ministerkomitee als Verkörperung der Regierungen die Beratende Versammlung geschaffen, die sich aus den gewählten Vertretern der Parlamente zusammensetzt. Diese Einrichtung erlaubt es dem saarländischen Parlament – zur großen Befriedigung der Saarländer –, in Straßburg vertreten zu sein. Seine Vertreter handeln im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Wähler, wenn sie auf der dringenden Notwendigkeit bestehen, ein europäisches supranationales Entscheidungsgremium einzurichten.

Die klügsten Köpfe werden jedoch die einzelnen Staaten nicht von der Notwendigkeit einer allgemeinen Koordinierung überzeugen können, wenn die Einzelinteressen eines jeden Staaten nicht vor den unvermeidbaren Ansprüchen einer europäischen Gemeinschaft zurücktreten.

Das Ministerkomitee des Europarates hat soeben in Rom die Menschenrechtskonvention in der Form verabschiedet, wie sie aus den Arbeiten der neuen Organisation hervorgegangen ist. Der Premierminister des Großherzogtums Luxemburg Joseph Bech konnte sagen, dass diese Erklärung die Existenz seines Landes gewährleistet. Das Saarland ist derselben Meinung, was sein eigenes Schicksal angeht, da die Saarländer sich trotz der großen Unterschiede in der jeweiligen Situation mit einer überwältigenden Mehrheit für die Autonomie entschieden.

Das Saarland weiß sehr gut, dass sein Schicksal davon abhängt, wie sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland entwickeln. In diesem Sinne würde das Gelingen des Schuman-Plans künftig wirtschaftliche Antagonismen verhindern. Die Arbeit, die seit fünf Jahren im gemeinsamen Einvernehmen im Saarland getan wird, hat uns gezeigt, dass sich alle Hindernisse dank eines guten Willens bewältigen

lassen, der nicht nur zu diskutieren, sondern auch zu handeln weiß und der sich nicht entmutigen lässt

Die Existenz eines autonomen Saarlandes hat im ersten Moment zu Befürchtungen sowohl im französischen als auch im direkt betroffenen deutschen Lager geführt: Aber die Befürchtungen haben sich trotz der Widerstände einiger Unbelehrbarer gelegt, als die wirkliche Situation immer deutlicher zu Tage trat.

Die westlichen Nationen verkünden zwar zu Recht die Notwendigkeit, das gemeinsame Kulturgut und die Wohltaten einer Zivilisation, die Jahrhunderte lang der Antrieb für den menschlichen Fortschritt war, zu verteidigen. Es ist jedoch offensichtlich, dass das nur möglich ist, wenn man den Menschen und den Völkern im Interesse des Gemeinwohls in ihrem Umfeld ihre Handlungsfreiheit lässt.